

## 11 ENERGIEPOLITISCHE FORDERUNGEN DES MITTELSTANDS AN DIE BUNDESREGIERUNG

### Forderungen im Überblick

1. CO<sub>2</sub>-Mindestpreis im europäischen Emissionshandel einführen
2. Energiekosten senken und nach CO<sub>2</sub>-Emissionen ausrichten
3. Belastung auf Eigenstromversorgung senken
4. Erneuerbare Energien viel stärker ausbauen
5. Innovationen ermöglichen
6. Wärmewende umsetzen
7. Energieeffizienz steigern
8. Schiene und Binnenschifffahrt stärken
9. Mobilitätswende voranbringen
10. Netze der Zukunft entwickeln
11. Sektorenkopplung und Speichertechnologien ermöglichen

Deutschland wird das Klimaziel 2020 aufgrund fehlender Rahmenbedingungen deutlich verfehlen. Mit der Fortführung des aktuellen Kurses wird auch das Klimaziel 2030 nicht erreicht werden. Gleichzeitig verschärft die Bundesregierung ihr Klimaziel für 2050 mit der Forderung nach Klimaneutralität deutlich. Das würde bedeuten, dass ab 2050 Nettonullemissionen in Deutschland erreicht werden müssen.

Der Mittelstand ist der Motor der dezentralen Energiewende, denn es sind vor allem mittelständische Unternehmen, die für Innovationen im Energiebereich sorgen und tagtäglich vor Ort den Umbau der Energieversorgung durch ihre Produkte und Dienstleistungen vorantreiben. Das energiepolitische Zieldreieck aus Bezahlbarkeit, Umweltverträglichkeit und Versorgungssicherheit muss jedoch weiter das zentrale Maß der Energiepolitik bleiben.

Der Mittelstand kann damit einen wertvollen Beitrag für die Bewältigung der Klimakrise leisten – allerdings müssen die richtigen Rahmenbedingungen geschaffen werden. Eine erfolgreiche Energiewende kann nur mithilfe funktionierender Marktmechanismen erreicht werden. Der BVMW fordert deshalb:

### 1. CO<sub>2</sub>-Mindestpreis im europäischen Emissionshandel einführen

Der CO<sub>2</sub>-Zertifikatspreis ist nach der Reform des europäischen Emissionshandels auf fast 30 Euro pro Tonne CO<sub>2</sub>-Äquivalent angestiegen. Als Folge haben die fossilen Kraftwerke in Deutschland im Juni 2019 ein Drittel weniger CO<sub>2</sub> emittiert als im Vorjahresmonat. Dies verdeutlicht, dass der CO<sub>2</sub>-Zertifikatehandel funktioniert. Allerdings unterliegt der Emissionshandel starken Schwankungen, wodurch es Unternehmen an Planungssicherheit fehlt. Der europäische Emissionshandel sollte deshalb durch einen ansteigenden CO<sub>2</sub>-Mindestpreis ergänzt werden. Zudem müssen alle Sektoren in die CO<sub>2</sub>-Bepreisung einbezogen werden. Wir präferieren dabei für eine Ausweitung des europäischen CO<sub>2</sub>-Emissionshandels. Zusätzliche Einnahmen durch die CO<sub>2</sub>-Bepreisung dürfen nicht zu wachsenden Staatseinnahmen führen, sondern müssen wieder an die Unternehmen und Bürger zurückfließen, z. B. durch eine Senkung der Stromsteuer.

## 2. Energiekosten senken und nach CO<sub>2</sub>-Emissionen ausrichten

Energie ist in Deutschland teuer – gerade für die mittelständischen Unternehmen. Denn diese profitieren in der Regel nicht von der besonderen Ausgleichsregelung für die energieintensiven Industrien. Obwohl Strom aus Erneuerbaren Energien in der Erzeugung schon heute häufig günstiger ist als Strom aus neuen fossilen Kraftwerken, kommt dieser Unterschied aufgrund der hohen Belastung mit Steuern, Abgaben und Umlagen nicht bei den Energieverbrauchern an. Die Kostenbelastungen durch Energie muss deshalb gesenkt und nach CO<sub>2</sub>-Intensität ausgerichtet werden, sodass günstige Energie aus Erneuerbaren Energien auch günstiger beim Kunden ankommt als Energie aus fossilen Energieträgern. Erste Maßnahmen wären:

- die Stromsteuer von aktuell 2,05 ct/kWh auf das europäische Mindestniveau von 0,1 ct/kWh zu senken
- die besondere Ausgleichsregelung durch Steuern zu finanzieren
- die Mehrwertsteuer auf Strom zu reduzieren
- die Steuern und Abgaben auf Energie nach CO<sub>2</sub>-Intensität auszurichten

## 3. Belastung auf Eigenstromversorgung senken

Eine dezentrale Energiewende nach dem Prinzip „so dezentral wie möglich, so zentral wie nötig“ verringert die Kosten der Energiewende und verbessert die Versorgungssicherheit. Eine verbrauchsnahe Erzeugung von Erneuerbaren Energien verringert deshalb die Kosten für Stromnetze und Transport und schafft Wertschöpfung und Arbeitsplätze in der Region. Die unsinnigen Belastungen der Eigenstromerzeugung, z.B. mit der EEG-Umlage, sollten deshalb umgehend abgeschafft werden. Zudem sind bessere Abschreibungsmöglichkeiten für Investitionen in die Eigenversorgung notwendig.

## 4. Erneuerbare Energien viel stärker ausbauen

Die Klimaziele Deutschlands können nur mit einem umfassenden Ausbau der Erneuerbaren Energien erreicht werden. Aktuell passiert jedoch genau das Gegenteil. Der Ausbau der Windkraft an Land ist im ersten Halbjahr 2019 auf den niedrigsten Stand seit 2000 gefallen. Mit Ende der EEG-Förderung für zahlreiche Anlagen wird die installierte Kapazität an Windkraft

sogar wahrscheinlich Anfang der 2020er Jahre sinken. Auch der Ausbau der Photovoltaik droht im nächsten Jahr aufgrund des 52-GW-Förderdeckels zusammenzubrechen. Auch vor dem Hintergrund der Abschaltung des letzten Atomkraftwerks in 2022 und dem geplanten Kohleausstieg muss endlich wieder mit einem signifikanten Ausbau der Erneuerbaren Energien begonnen werden!

Der massive Einbruch beim Ausbau der Erneuerbaren Energien liegt in den aktuellen Rahmenbedingungen begründet. So fehlen gute, effiziente und vor allem objektive Genehmigungsprozesse. Die Politik muss umgehend die Hürden beim netzverträglichen Ausbau der Erneuerbaren Energien senken, indem die Ausbaudeckel abgeschafft und vereinfachte, effiziente und vor allem objektive Genehmigungsprozesse für Anlagen eingeführt werden.

## 5. Innovationen ermöglichen

Der Mittelstand investiert bereits umfangreich in innovative Technologien und Erneuerbare-Energien-Anlagen. Investitionen müssen sich jedoch für jedes Unternehmen betriebswirtschaftlich lohnen. Aufgrund von falschen Rahmenbedingungen, wie der Belastung von selbsterzeugtem Strom für den Eigenverbrauch und die Doppelbelastung von Speichern als Letztverbraucher, wird eine Vielzahl von Investitionen momentan nicht getätigt.

## 6. Wärmewende umsetzen

Die Wärmeerzeugung ist für mehr als die Hälfte des Energieverbrauchs in Deutschland verantwortlich – mehr als der Strom- und Verkehrssektor zusammen verbrauchen. Die Bundesregierung muss deshalb endlich die seit Jahren versprochene steuerliche Förderung von energetischen Sanierungen einführen. Zusätzlich sollten Quartierslösungen rechtlich und betriebswirtschaftlich einfacher umgesetzt werden können.

## 7. Energieeffizienz steigern

Ohne eine Reduktion des Energieverbrauchs ist die Energiewende nicht machbar. Eine unübersichtliche Anzahl von Förderprogrammen sowie zu aufwendige Förderanträge mit dem damit verbundenen hohen Zeit- und Kostenaufwand, verhindern jedoch insbesondere bei kleinen Mittelständlern die Umsetzung von Energieeffizienzmaßnahmen. So sind die novellierten Bundesprogramme, insbesondere die „Bundesförderung für Energieeffizienz in der Wirtschaft“ bürokratisch überfrachtet und zu kompliziert. Daher muss der Förderdschungel gelichtet werden. Die harten Grenzen bei der Anwendung der besonderen Ausgleichsregelung verlocken dazu, den Stromverbrauch künstlich zu erhöhen und müssen deshalb flexibilisiert werden.

Andernfalls wird energieeffizientes Verhalten bestraft. Energieeffizienz muss sich betriebswirtschaftlich lohnen.

## 8. Schiene und Binnenschifffahrt stärken

Die Bahninfrastruktur ist schon heute stark überlastet. Die oftmals diskutierte Senkung der Mehrwertsteuer auf Bahntickets reicht nicht aus. Vielmehr ist es wichtig, zuerst in die marode Verkehrsinfrastruktur der Schienen- und Wasserwege zu investieren, um damit die Rahmenbedingungen für ein steigendes Güter- und Personenaufkommen zu schaffen. Nur dann können mehr Güter auf die Schiene und in die Binnenschifffahrt verlagert werden. Zudem müssen regulatorische Voraussetzungen für Investitionen in die Landstromversorgung und deren anschließende Nutzung geschaffen werden.

## 9. Mobilitätswende voranbringen

Der Verkehrssektor hat in den letzten Jahren keinen Beitrag zum Klimaschutz geleistet – die Emissionen sind sogar weiter gestiegen. Ein Wandel hin zu einer klimafreundlichen Mobilität muss deshalb dringend eingeleitet werden. Zur Ermöglichung neuer klimafreundlicher Technologien sollte die Bundesregierung massiv in die grundlegende Infrastruktur investieren. Die zu erwartende hohe Anzahl von Stromspeichern in elektrisch betriebenen Fahrzeugen darf zukünftig nicht nur das Stromnetz durch Ladevorgänge belasten, sondern muss sich durch die Fähigkeit des bidirektionalen Ladens auch an der Entlastung der Stromnetze sowie an Netzstabilisierungen beteiligen. Hierzu müssen die entsprechenden regulativen Voraussetzungen getroffen werden. Die Anzahl der Ladestationen und Wasserstofftankstellen muss deutlich ausgebaut werden.

## 10. Netze der Zukunft entwickeln

Die Stromnetze müssen an die zunehmend dezentrale Erzeugung von Erneuerbaren Energien angepasst werden. Die Stromwende findet dabei vor allem in den Verteilnetzen statt, an denen 98 Prozent der Erneuerbaren-Energien-Anlagen

**Der BVMW vertritt im Rahmen der Mittelstandsallianz über 900.000 Mitglieder. Die mehr als 300 Repräsentanten des Verbandes haben jährlich rund 800.000 direkte Unternehmerkontakte. Der BVMW organisiert mehr als 2.000 Veranstaltungen pro Jahr.**

angeschlossen sind. Die bestehende Netzinfrastruktur sollte optimaler genutzt und intelligent gesteuert werden. Nur so kann das Stromnetz der Zukunft Netze, Stromspeicher und flexibel steuerbare Lasten (Lastmanagement) intelligent miteinander vernetzen. Zudem ermöglichen synthetische Gase die Nutzung der bestehenden Gasnetzinfrastruktur und -speicher. Der Ausbau der Übertragungsnetze kann durch eine dezentrale Energiewende auf ein Minimum reduziert werden. Das Netzentgeltsystem muss reformiert werden. Die Bundesnetzagentur sollte stärker harmonisierend auf die Entgeltgestaltung Einfluss nehmen, um die herrschenden Wettbewerbsverzerrungen zu minimieren.

## 11. Sektorenkopplung und Speichertechnologien ermöglichen

Die Verknüpfung der Wärme-, Strom- und Verkehrssektoren, z.B. durch Elektromobilität, Wärmepumpen und Power-to-X-Technologien, leisten einen wichtigen Beitrag zum Erfolg der Energiewende und zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit. Die aktuellen Rahmenbedingungen, insbesondere die hohe Belastung des Strompreises mit Abgaben, Steuern und Umlagen sowie die Einstufung von Speichertechnologien als Letztverbraucher – und die dadurch bedingte doppelte Abgabenbelastung – verhindern aktuell zahlreiche Investitionsprojekte. Gleichzeitig beliefen sich allein 2017 die Kosten für Redispatchmaßnahmen, Netzreserve und Entschädigungen aus Abregelungen von EEG- und KWK-Anlagen auf über 1,5 Milliarden Euro. Anstatt ungenutzte Energien zu bezahlen, sollte in innovative Technologien, wie dezentrale Speicher, Netzoptimierung, digitale Vernetzungen sowie PtX-Technologien investiert werden.

## Fazit

Die kleinen und mittleren Unternehmen unterstützen die Umstellung der Wirtschaft auf einen nachhaltigen Wachstumspfad. Deutschland kann die Pariser Klimaziele erreichen. Dafür müssen jedoch jetzt die entscheidenden Weichenstellungen vorgenommen werden, um Innovationen zu ermöglichen und somit die dezentrale Energiewende zusammen mit dem Mittelstand kosteneffizient umzusetzen.

### Kontakt

Bundesverband mittelständische Wirtschaft (BVMW) e. V.  
Bereich Politik und Volkswirtschaft  
Potsdamer Straße 7, 10785 Berlin  
Telefon: + 49 30 533206-0  
Telefax: +49 30 533206-50  
E-Mail: politik@bvmw.de; Social Media: @BVMWeV